

William J. Burns in Kairo – Ein Zwischenruf –

von Reiner Bernstein¹

Der stellvertretende US-Außenminister William J. Burns ist ein erfahrener Diplomat, der – unabhängig von der politischen Farbe – den Chefs im State Department in heiklen Missionen zur Seite gestanden hat. Umso erstaunlicher ist sein auf unbestimmte Zeit verlängerter Aufenthalt in der ägyptischen Hauptstadt mit dem Ziel, die verfeindeten Parteien nach der Entmachtung Mohamed Mursis am 03. Juli zu versöhnen.

Dass zur selben Zeit auch die republikanischen Senatoren John McCain, der eine militärische Intervention in Syrien gegen das Assad-Regime befürwortete, und Lindsey Graham in Kairo eintrafen, ändert nichts daran, dass sich alle Besucher übernehmen, wenn sie den Versuch einer Schlichtung ins Auge fassen. Und dass Barack Obama auch diesmal das notwendige Gespür mit der Entsendung McCains und Grahams hat fehlen lassen, reiht sich in die Erkenntnis ein, dass ein staatstragendes Amt die Persönlichkeit von Grund auf zu verformen droht.

Ein hochrangiger Berater der Kairoer Übergangsregierung hat „internationale Partner“ nachdrücklich davor gewarnt, sich in Ägypten als Vermittler aufzuspielen – was Graham nicht daran hinderte, den neuen Herren am Nil dreierlei ins Stammbuch zu schreiben: Sie seien nicht gewählt worden, sie hätten die durch Wahlen legitimierten Mandatsträger

¹ Abgeschlossen am 08. August 2013.

ins Gefängnis gesteckt, und der Status sei quo unhaltbar. Noch vor einem knappen Monat hatte Burns dem Interimspremier Hazem Al-Beblawi sowie dem Verteidigungsminister und starken Mann Abdel Fatah El-Sisi zugesagt, dass die USA nicht mit einem Politikmodell aufwarten wollen.

Einmischung unerwünscht

Mit und ohne Kontakte zu Repräsentanten der Moslembrüder und anderer Parteien und Gruppen sind ausländische Einmischungen unerwünscht. Alle Seiten sind zwar für die Rettungspakete empfänglich, ohne im Gegenzug Abstriche an der von ihnen definierten nationalen Eigenverantwortung hinzunehmen. Auch wenn viele Menschen seit dem 03. Juli ihre Angst vor dem Mursi-Apparat verloren haben, ist das Bewusstsein der nationalen Zusammengehörigkeit nicht belastet. Hillary Clintons Millionenüberweisungen für die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Jubel für Guido Westerwelle auf dem Tahrir-Platz sind längst Vergangenheit.

Stattdessen lassen Saudi-Arabien, Qatar und die Emirate in Abgrenzung zum Verbündeten jenseits des Atlantiks in Ägypten ihre Muskeln spielen. Die Rivalität zwischen dem toleranten „Islam der Flüsse“ und dem fanatischen „Islam der Wüste“, den 1998 der Generalsekretär des Obersten Kulturrates Ägyptens Jaber Asfour ausmachte, tritt in eine neue Phase. Den politischen Gegenkräften fehlt ein gemeinsames Programm.
